

A n t r a g

der Fraktion der SPD

Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

1. welche Vorbereitungen sie getroffen hat, um anlässlich des 20. April für Übergriffe der Rechtsextremisten besonders gefährdete Einrichtungen wie die Synagoge in Erfurt besonders zu schützen und welche Vorkehrungen sie in Zukunft treffen wird;
2. welche neuen Erkenntnisse sie zu dem Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt und zur politischen Ausrichtung des Täters hat;
3. ob sie ein ressortübergreifendes Konzept zur Bekämpfung von rechtsradikalen Tendenzen in der Bevölkerung in Angriff genommen hat bzw. wie sie dieses in Angriff nehmen will und wie es aussieht;
4. wie sie beabsichtigt, die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Tendenzen auf eine breite gesellschaftliche Ebene zu stellen.

Begründung:

Mit dem Brandanschlag gegen die Synagoge in Erfurt erreichten die Übergriffe der Rechtsextremisten in Thüringen ihren traurigen Höhepunkt.

Es ist notwendig, die Übergriffe lückenlos aufzuklären und die Täter hart zu bestrafen. Ebenso notwendig ist, dass alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen sich rechtsradikalen Tendenzen energisch entgegenstellen. Wir müssen in Thüringen ein gesellschaftliches Klima schaffen, in dem Rechtsradikale isoliert sind.

Hierzu ist die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Ideen und fremdenfeindlichen Tendenzen Voraussetzung. Sie muss auf allen Ebenen erfolgen und alle gesellschaftlichen Kräfte einschließen.

Die Fraktionen im Thüringer Landtag müssen Beispiel und Vorreiter dieser Auseinandersetzung sein. Ihr entschiedener Widerstand gegen Rechts muss anderen Mut machen.

Für die Fraktion:

Gentzel